

NACH DEM RASSISTISCHEN TERRORANSCHLAG VON HANAU

Hessen muss jetzt handeln!

- Bildungsstätte Anne Frank fordert neue Strategie gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Hessen
- 19. Februar zum landesweiten Aktionstag gegen Rassismus ausrufen
- Sonderveranstaltung „Hessen ganz rechts – und wieder tötet Rassismus“ am Dienstag, 25. Februar, mit NSU-Opferanwalt Mehmet Daimagüler u.a.

Nach dem rassistischen Terrorakt in Hanau, bei dem zehn Menschen ermordet wurden, fordert die Bildungsstätte Anne Frank ein entschlossenes Programm gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Hessen. „Nach den ersten Tagen des Schocks und der Trauer um die Opfer des rassistischen Anschlags in Hanau dürfen wir jetzt nicht wieder zur Tagesordnung übergehen, sondern müssen zügig eine neue Strategie gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Hessen auf den Weg bringen“, sagt Dr. Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte, die als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen in Frankfurt/Main auch die Opferberatungsstelle response unterhält und mit einem zweiten Standort in Kassel im gesamten Bundesland tätig ist.

Der Mord an Halit Yozgat in Kassel durch den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), der Skandal um Rechtsextreme in der hessischen Polizei, der Mord am Kasseler CDU-Politiker Walter Lübcke sowie der versuchte Mord an einem Eritreer in Wächtersbach – Hessen ist zuletzt mehrfach wegen rechtsextremer Morde und Aktivitäten in die Schlagzeilen geraten. Auch die Fälle alltäglicher Formen von rassistischer, antisemitischer und menschenfeindlicher Gewalt haben in den vergangenen Jahren zugenommen in dem Bundesland, wo so viele Menschen mit Migrationsgeschichten seit Generationen zuhause sind. Wenn Vielfalt und Diversität tatsächlich mehr sind als medienwirksame Schlagworte für das regionale Imagemarketing, dann müssen sich Politik und Zivilgesellschaft jetzt ernsthaft, selbstkritisch und beherzt dem massiven Problem mit Rechtsextremismus und Rassismus im Land stellen.

Wir unterstützen die Forderung nach einem Demokratiefördergesetz, welches zivilgesellschaftliches Handeln für Demokratie und gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus verstetigt und strukturell verankert. Darüber hinaus plädiert die Bildungsstätte Anne Frank dafür, dass die Landesregierung so schnell wie möglich ein Programm auf den Weg bringt, das die landesspezifischen Probleme mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Hessen angeht, Gewalttaten aufklärt und auch die Versäumnisse der Vergangenheit adressiert. Dabei sollten staatliche Instanzen eng mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Wissenschaft zusammenarbeiten, um dem Rechtsextremismus als einem gesamtgesellschaftlichen Problem Rechnung zu tragen. Fünf Punkte sind für die Bildungsstätte Anne Frank zentral:

1. Forcierte Aufklärung des Netzwerks des NSU – Freigabe sämtlicher NSU-Akten
Um rechtmotivierte Gewalttaten zu verhindern, ist es unerlässlich, rechtsextreme Strukturen in Hessen aufzudecken – ein wichtiger Schritt ist die Freigabe sämtlicher NSU-Akten. Das Netzwerk der rechtsextremen Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund, das bundesweit zehn Menschen ermordete, darunter auch den 21-jährigen Halit Yozgat in Kassel, sind genau so wenig

aufgeklärt wie die Rolle des Verfassungsschutzes und die Verstrickung einzelner V-Männer in den NSU-Komplex. Das liegt auch daran, dass die Geheimakten des hessischen Verfassungsschutzes mit einer Analyse des NSU und der rechten Szene in Hessen für Jahrzehnte unter Verschluss sind. Auch der mutmaßliche Mörder des Kasseler CDU-Politikers Walter Lübcke wird in diesen Akten genannt.

2. Stärkung der zivilgesellschaftlichen Unterstützungsstrukturen für die Betroffenen von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Wir sollten beim Schutz betroffener Gruppen nicht ausschließlich auf Polizeischutz und Security setzen oder auf eine schussichere Holztür, wie sie beim Anschlag auf die Synagoge in Halle etwa 50 betenden Jüdinnen und Juden das Leben gerettet hat. Nötig ist die Stärkung der Beratung und Unterstützung für die Opfer von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Dringend notwendig ist die Anerkennung und Stärkung aller zivilgesellschaftlichen Akteure und Netzwerke, die sich für die akute Hilfe nach rassistischen Gewalttaten, sowie darüber hinaus für eine solidarische und gewaltfreie Gesellschaft einsetzen.

Außerdem halten wir die Einrichtung eines Fonds für die Opfer rechtsextremer Gewalt für geboten – auch als Signal, dass es sich bei rechtsextremer Gewalt nicht um eine individuelle Tragödie handelt, sondern es gesellschaftliche Ursachen dafür gibt.

3. Antirassismus in die Schulcurricula: Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und rechten Ideologien in allen Bereichen des Bildungssektors, der Jugendsozialarbeit sowie der Polizei- und Jurist*innenausbildung fest verankern

Wir können gar nicht früh genug damit beginnen, Kinder und Jugendliche gegen rassistische, antisemitische und menschenfeindliche Radikalisierung zu sensibilisieren. Ein ganz zentraler Ort dafür ist natürlich die Schule: Deshalb fordern wir, die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und rechten Ideologien als Pflichtaufgabe in die Landescurricula aufzunehmen. Eine Stärkung der fachlichen Expertise von Lehrkräften, Pädagog*innen und Erzieher*innen in Kitas ist genauso geboten wie der Ausbau der (Jugend-)Sozialarbeit, um der Radikalisierung der Jugend fachlich kompetent zu begegnen. Dazu gehört auch eine Stärkung und Erweiterung des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Auch die Probleme mit Rechtsradikalen in den Reihen der Polizei zeigen, dass Antirassismus dringend in der Ausbildung angehender Polizeibeamter verankert werden muss. Ebenso sollten entsprechende Inhalte fest in der Aus- und Fortbildung von Jurist*innen verankert werden.

4. Aufbau einer unabhängigen Beschwerdestelle für Rassismus in Behörden und der Polizei

Nach dem Skandal mit Rechtsextremen in den Reihen der hessischen Polizei (NSU 2.0) sowie den Erfahrungen, welche Betroffene in Behörden und Ämtern mit Rassismus machen, gilt es, eine unabhängige, landesweite Beschwerdestelle für polizeiliches Fehlverhalten sowie menschenfeindliche Haltungen in Behörden einzurichten. Polizei und Justiz müssen darüber hinaus sämtliche bereits angelegte Opferschutzgesetze und Maßnahmen konsequent umsetzen.

5. Etablierung eines Runden Tisches zum Thema Rechtsextremismus

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, staatlichen Behörden und der Rechtsextremismus-Forschung soll so schnell wie möglich ein Runder Tisch eingerichtet werden, wo Sicherheitsbehörden mit Expert*innen aus der Wissenschaft sowie u.a. der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus, der Opferberatungsstelle und der (Jugend-)Sozialarbeit zusammenkommen, um weitere Schritte für den Kampf gegen Rechtsextremismus im Land zu beraten und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Darüber hinaus schlägt die Bildungsstätte Anne Frank vor, den **19. Februar als landesweiten „Aktionstag gegen Rassismus“** auszurufen: Einmal im Jahr sind alle Teile der Gesellschaft eingeladen und aufgefordert, der Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zu gedenken und auf unterschiedliche Weise zum Ausdruck zu bringen, dass Rassismus und Menschenfeindlichkeit keinen Platz in Hessen haben.

Sonderveranstaltung aus Anlass der Terrorat von Hanau am 25. Februar

Um der Trauer und Wut über die Morde von Hanau einen Raum zu geben und über Strategien gegen Rassismus und extrem rechte Gewalt zu sprechen, laden wir für **Dienstag, 25. Februar, 18.30 Uhr zur Sonder-Abendveranstaltung „Hessen ganz rechts - und wieder tötet Rassismus“** in die Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt, Hansaallee 150, ein. Es sprechen Rechtsanwalt Mehmet Daimagüler, der u.a. Hinterbliebene im NSU-Prozess vertrat, Olivia Sarma (Leiterin von response, Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt), Walid Malik (antirassistischer Aktivist) und Danijel Majić (Journalist, Hessischer Rundfunk / hessenschau.de). Moderation: Aisha Camara.

Bildungs- und Beratungsangebote der Bildungsstätte Anne Frank

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen. Lehrkräfte und Pädagog*innen erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Auf dem neuen Meldeportal hessenschauthin.de können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden.

#IstAlltag

#Hessenschauthin

Marie-Sophie Adeoso

Ansprechpartnerin für
die Presse

T. (+49)69 560 00 - 232
M. madeoso@bs-anne-frank.de
→ bs-anne-frank.de

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main